

Unter dem Einfluss der großen Nachbarn

Nach den Unruhen in Kasachstan: Welche Rolle spielen China und Russland für die Republik?

VON MATHIAS VON HOFEN

Nur-Sultan/Moskau/Peking. Die Proteste im rohstoffreichen Kasachstan haben nicht nur in Russland, sondern auch im Westen Besorgnis ausgelöst. Was als Protest gegen steigende Gaspreise begann, entwickelte sich zu einem blutigen Aufstand gegen die Regierung. Viele Menschen starben und wurden verletzt. Mittlerweile ist wieder etwas Ruhe eingekehrt und ausländische Soldaten haben das Land verlassen. Doch wie verhielt sich China zu den Protesten, welche Rolle spielten islamistische Kräfte und wie wird Russland von den Kasachen gesehen?

Im Dezember 1991 erklärte sich die Sowjetrepublik Kasachstan für unabhängig. Der bisherige Generalsekretär der kommunistischen Partei Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, etablierte sich daraufhin als autoritärer Alleinherrscher. In der Außenpolitik verfolgte er eine eher ausgleichende Linie. Das Land lehnte sich eng an Russland an, unterhielt aber von Anfang an auch gute Beziehungen zum Westen.

Der Einfluss Chinas ist in den vergangenen zwanzig Jahren stärker geworden. Mittlerweile ist China der wichtigste Außenhandelspartner neben Russland. Zudem ist Kasachstan ein Haupttransitland der Neuen Seidenstraße. Die Beziehungen Chinas zu Kasachstan sind allerdings durch die Lage der kasachischen Minderheit belastet. Teile dieser Volksgruppe werden in China verfolgt. Meist werden ihnen islamistische und terroristische Bestrebungen zur Last gelegt. Im kasachischen Parlament wurde darüber bereits debattiert, doch die kasachische Regierung

„Es liegt daran, dass destruktive Kräfte die Situation ausgenutzt haben.“

Wladimir Putin, russischer Staatspräsident

vermeidet es, China öffentlich anzuprangern.

Im Fall der Proteste Anfang Januar hatte sich Peking an die Seite der Regierung gestellt. Das Vorgehen der kasachischen Regierung gegen die Demonstrationen wurde von China ausdrücklich gebilligt. Nach Angaben chinesischer Staatsmedien haben sich der chinesische und der russische Außenminister in einem Telefongespräch auf eine gemeinsame Linie geeinigt. Sie wollen sich „der Einmischung externer Kräfte in die inneren Angelegenheiten der zentralasiatischen Länder widersetzen“ und verhindern, dass die „drei bösen Mächte“ Chaos verursachen. Die „drei bösen Mächte“ sind nach chinesischer Definition religiöser Extremismus, Separatismus und Terrorismus.



Auch russische Truppen waren nach Kasachstan verlegt worden. Eine Woche nach den Unruhen verließen sie das Land wieder. FOTO: RUSSIAN DEFENSE MINISTRY PRESS SERVICE/AP/DPA

China ist in den Augen vieler Kasachen ein übermächtiger, fast unheimlicher Nachbar. Russland erscheint dagegen als Hegemon, der zwar in den vergangenen Jahren teilweise wieder erstarkt ist, aber nicht die Dynamik Chinas besitzt. Ein Teil der Kasachen sieht Russland sogar als Gegengewicht zu China. Belastend im russisch-kasachischen Verhältnis ist allerdings die Vergangenheit. Ab

1929 trieb der sowjetische Diktator Josef Stalin die Kollektivierung in Kasachstan rücksichtslos voran. Zugleich sollten die überwiegend nomadisch lebenden Kasachen gezwungen werden, ihre traditionelle Lebensweise und ihre Herden aufzugeben. Neben der Ukraine und der Wolgaregion litt Kasachstan am stärksten unter der Zwangskollektivierung. Die Repressionen Stalins belas-

ten bis heute das russisch-kasachische Verhältnis, auch wenn das in Kasachstan bisher wenig thematisiert wurde. Seit der Eingliederung der Krim in die Russische Föderation gibt es in Kasachstan Ängste, dass auch der Norden des Landes von Russland annektiert werden könnte. Hier lebt der Großteil der russischen Minderheit des Landes. Allerdings hat Moskau bisher nie territoriale Ansprüche gegenüber Kasachstan erhoben. Putin begnügt sich mit politischer Kontrolle auf seinen Nachbarn.

Offensichtlich entsprang diesem Wunsch nach Kontrolle auch die Entscheidung, russische Truppen im Rahmen des Militärbündnisses OVKS nach Kasachstan zu entsenden. Russland hat ein Interesse an politischer Stabilität in Kasachstan. Russische Truppen auf den Straßen Almatys sind jedoch vor dem Hintergrund der Geschichte problematisch. Zudem wurden die russischen Soldaten zusammen mit Einheiten aus anderen OVKS-Staaten wie Belarus und Kirgistan bereits bis zum 23. Januar vollständig abgezogen.

Sowohl von Russland als auch von China wurde auf eine Beteiligung islamistischer Kräfte an den Protesten im mehrheitlich muslimischen Kasachstan verwiesen, insbesondere dort, wo diese in Gewalt umschlugen. In diese Richtung zielte auch eine Aussage Putins zu den Demonstrationen: „Die Bedrohung der Staatlichkeit entstand nicht durch spontane Proteste und Kundgebungen wegen der Treibstoffpreise. Es liegt daran, dass destruktive Kräfte von innen und von außen die Situation ausgenutzt haben.“

Der kasachische Menschenrechtsaktivist Evgeni Jovtis sieht im Interview mit dem Zentralasienportal „Novastan“ auch eine Beteiligung von Islamisten an den Unruhen. Allerdings stellten diese nur einen kleineren Teil der Demonstranten und sollten „keineswegs als einheitlich oder organisiert angesehen werden“. Die gewaltbereiten Demonstranten setzten sich „aus Islamisten und kriminellen Elementen zusammen, die von Loyalisten der lokalen Eliten unterwandert werden“, erklärte Jovtis.

Die Aussage deutet darauf hin, dass auch ein Teil der politischen Führung des Landes die Straßenkämpfe unterstützt hat. Verschiedene Indizien sprechen für einen Machtkampf zwischen dem jetzigen Präsidenten Kassim-Schomart Tokajew und dem früheren Präsidenten Nasarbajew. So wurde der Leiter des Geheimdienstes und enge Vertraute Nasarbajews, Karim Masimow, wegen des Verdachts auf Hochverrat angeklagt. Auslöser für die Demonstrationen war aber letztendlich eine weitverbreitete soziale Unzufriedenheit. Diese anfangs friedlichen Proteste wurden durch konkurrierende Fraktionen im kasachischen Machtapparat gekapert. Offensichtlich haben sich dann auch gewaltbereite islamistische Gruppierungen an den Unruhen beteiligt. Wie weit das koordiniert war, ist unklar.

ITALIEN

Wahl zum Staatspräsidenten weiter ohne Ergebnis

Rom. Die italienischen Parlamentarier und Regionen-Vertreter haben auch am vierten Tag der Wahl zum neuen Staatspräsidenten keinen Sieger gefunden. Obwohl am Donnerstag erstmals nicht mehr die Zweidrittelmehrheit der absoluten Mehrheit der insgesamt 1009 Stimmen nötig gewesen wäre, kam niemand auf mindestens 505 Stimmen. Damit geht es am Freitag um 11 Uhr in den nächsten Wahlgang auf der Suche nach einem Nachfolger oder einer Nachfolgerin für Amtsinhaber Sergio Mattarella. Die Lager von Mitte-Rechts und Mitte-Links verhandelten am vierten Abstimmungstag weiter intensiv über mögliche Kandidaten. Dabei schienen sich die politischen Gegner nicht entscheidend anzunähern. Die rechten Parteien riefen ihre Wähler auf, sich zu enthalten, am Ende warfen 441 Delegierte keine Stimmkarten ein. DPA

PAKISTAN

Zahl der Entführungen von Christinnen steigt

Islamabad. In Pakistan steigt die Zahl der Entführungen von Christinnen und deren Zwangskonversion zum Islam. Das geht aus Daten des Menschenrechtsministeriums hervor. Demnach wurden im Jahr 2021 rund 60 Christinnen entführt, mit sunnitischen Muslimen verheiratet und gezwungen, zum Islam zu konvertieren. 2020 habe man lediglich 15 solcher Fälle registriert. Fast drei Viertel der 2021 betroffenen Mädchen seien noch nicht 18 Jahre alt gewesen, sagte der Minister für Menschenrechte und Minderheitenangelegenheiten, Ejaz Alam Augustine. Von Zwangskonversionen sind auch Hindu-Frauen betroffen. Diese Daten seien allerdings noch nicht verfügbar, hieß es vom Ministerium. Mehr als 95 Prozent der Bevölkerung Pakistans sind Muslime. Nicht-Muslime sind immer wieder mit Einschüchterungen und Verfolgung konfrontiert. DPA

TÜRKEI

Erdogan hofft auf „neue Ära“ mit Israel

Istanbul. Nach jahrelangen Spannungen hofft der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan auf eine „neue Ära“ in den Beziehungen zu Israel. Er erwarte den israelischen Präsidenten Izhak Herzog in der ersten Februarhälfte, sagte Erdogan in einem Interview mit dem Sender NTV. „Mit diesem Besuch kann eine neue Ära in den israelisch-türkischen Beziehungen beginnen.“ Das Büro Herzogs kommentierte die Äußerung zunächst nicht. Erdogan kündigte zudem einen Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten am 14. Februar an. Auch in den Beziehungen mit den Emiraten hoffe er auf eine neue Ära. Die Beziehungen zwischen Israel und der Türkei gelten seit langem als angespannt. Zuletzt gab es aber eine leichte Annäherung. Im November ließ die Türkei ein israelisches Paar frei, das wegen Spionagevorwürfen verhaftet worden war. DPA

IRLAND

Fischer einigen sich mit Botschafter über Manöver

Dublin. Irische Fischer haben sich mit dem russischen Botschafter auf einen Kompromiss im Streit um ein geplantes Militärmanöver im Atlantik geeinigt. Wie Brendan Byrne vom Verband der irischen Fischindustrie mitteilte, soll eine Pufferzone zwischen der Fischfangflotte und den Militärschiffen eingerichtet werden. Die Einigung müsse aber noch in Moskau abgesegnet werden, sagte Byrne. Fischer hatten angekündigt, die vom 3. bis 8. Februar geplante Militärübung durch Einfahrt in das Gebiet stören zu wollen. Hintergrund waren Befürchtungen, die Übungen könnten einen negativen Einfluss auf die Fischbestände haben. DPA

NORDKOREA

Unbekanntes Geschoss in Richtung Meer abgefeuert

Seoul. Nordkorea hat nach Angaben des südkoreanischen Militärs mindestens ein zunächst nicht identifiziertes Geschoss in Richtung Meer abgefeuert. Das Geschoss sei in Richtung Osten geflogen, teilte Südkoreas Generalstab mit. Ob es sich um einen neuen Test einer ballistischen Rakete handelte, war zunächst unklar. UN-Resolutionen untersagen der selbst erklärten Atommacht Nordkorea die Erprobung ballistischer Raketen, die je nach Bauart auch einen Atomsprenkopf tragen können. Nordkorea hatte seit Beginn des Jahres bereits mehrfach Raketen getestet. Zuletzt hatte das Land laut Angaben Südkoreas am Dienstag zwei mutmaßliche Marschflugkörper abgefeuert. DPA

Afroamerikanerin favorisiert

Joe Biden könnte mit Richter-Nominierung Geschichte schreiben

VON THOMAS SPANG

Washington. Anfang kommender Woche blicken viele auf eine Anhörung im US-Senat, die sonst kaum jemanden interessiert hätte. Mit dem angekündigten Rückzug des liberalen Urgesteins am Supreme Court, Stephen Breyer, hat sich das schlagartig geändert. Jetzt ist die für Dienstag im Justizausschuss angesetzte Befragung für das Bundesberufungsgericht in Washington Pflichttermin.

Alle Augen richten sich dann auf eine schwarze Frau, die gute Aussichten hat, als erste Afroamerikanerin in der Geschichte ein Richteramt am obersten Gericht der USA zu bekleiden. Julianna Michelle Childs gilt als Favoritin unter den schwarzen Anwärterinnen für den Richtersessel, den Breyer zum Ende der aktuellen Sitzungsperiode des Supreme Court Ende Juni freimachen will. Rechtzeitig genug aus Sicht der Demokraten, um mit ihrer hauchdünnen Mehrheit im Senat vor den Zwischenwahlen im November die Nachbesetzung zu regeln. Biden betonte bei einem gemeinsamen Auftritt mit dem scheidenden Richter Breyer im Weißen Haus, es bleibe bei seinem Versprechen, eine afroamerikanische Juristin zu nominieren. „Das ist längst überfällig.“ Er werde seine Entscheidung vor Ende Februar bekannt machen.

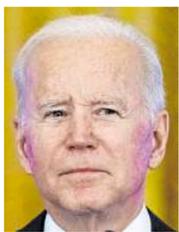
Obwohl auch andere Kandidatinnen, wie die gerade erst für dasselbe Bundesberufungsgericht bestätigte Ketanji Brown Jackson oder die Richterin am Verfassungsgericht von Kalifornien, Leandra Kruger, in der Endauswahl des Weißen Hauses sind, hat die 55-Jährige einen entscheidenden Vorteil. Sie genießt die lautstarke Unterstützung des

schwarzen Kongressführers James Clyburn, dem Biden die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten zu verdanken hat.

Clyburn hatte bei den Vorwahlen in South Carolina die afroamerikanischen Wähler in Rekordzahl mobilisiert, nachdem Biden im Februar 2020 unter anderem die Nominierung einer schwarzen Supreme-Court-Richterin versprochen hatte. Biden hatte Childs bereits überraschend als Kandidatin für das zweithöchste Gericht nominiert. Die Anhörung könnte nun wie eine Generalprobe für den Supreme Court werden. Denn für dieses Richteramt wartet auf Kandidaten dasselbe Verfahren.

Nach einer Nominierung durch den Präsidenten hat zuerst der republikanische und jeweils elf Republikanern und Demokraten besetzte Justizausschuss im Senat das Sagen. Danach geht es vor die volle Kammer, in der mit 50 zu 50 ein Patt herrscht. Vizepräsidentin Kamala Harris könnte bei Stimmgleichheit das Zünglein an der Waage sein.

Biden hat es eilig, den liberalen Breyer durch jemanden aus dem eigenen Lager zu ersetzen, nachdem die Republikaner die letzten drei Vakanzen mit den konservativen Neil Gorsuch, Brett Kavanaugh und Amy Coney Barrett besetzt hatten. Seitdem haben sie eine „6 zu 3“-Mehrheit im Supreme Court. Strategen von Republikanern und Demokraten sind sich einig, dass die Breyer-Vakanze an der Machtbalance im Supreme Court wenig ändern wird. Der demokratische Stratege Adam Gentleson meint aber, dass die Bestätigung einer schwarzen Richterin den Demokraten helfen kann, „die Stimmung umzudrehen“. Dies wäre ein wichtiger Punktsieg, „der dazu beiträgt, die Midterms zu überleben.“



Joe Biden FOTO: HARNIK/DPA

Dialog hat Priorität

Baerbock verteidigt Kurs in der Ukraine-Krise

VON CARSTEN HOFFMANN

Berlin. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat die Absage der Bundesregierung an Waffenlieferungen in die einen neuen russischen Angriff fürchtende Ukraine verteidigt. Den außenpolitischen Kurs in dieser Frage um 180 Grad zu drehen, „das sollte man schon bei vollem Bewusstsein tun und vor allen Dingen damit nicht Türen für Deeskalation verschließen, die sich gerade in diesem Moment so zaghaft wieder öffnen“, sagte Baerbock im Bundestag mit Blick auf die Wiederaufnahme von Gesprächen. Die Bundesregierung arbeite an einem „starken Sanktionspaket“, sagte sie. „Bei neuer Aggression steht die Bandbreite unserer Antworten zur Verfügung, inklusive Nord Stream 2.“

Deutschland unterstütze die Ukraine auch militärisch, sagte Baerbock. Sie nannte die Lieferung von 5000 Schutzhelmen, den Bau von Schutzbunkern und die Ausbildung ukrainischer Soldaten. Der Dialog habe aber absolute Priorität. Baerbock: „Wer redet, der schießt nicht. Daher ist es fatal, die Wiederaufnahme von Dialog jetzt einfach so abzutun.“ Die Bundesregierung setze auch weiter darauf, die Ukraine wirtschaftlich und finanziell zu stärken.

Der künftige CDU-Parteichef Friedrich Merz warf in der Debatte vor allem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) fehlendes Engagement vor. „Es droht ein Krieg in einem Teil unseres Kontinents, der von den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges in besonders brutaler Weise betroffen war“, so Merz. Diese Gefährdung des Friedens in Europa gehe ausschließlich von der Russischen Föderation und von Wladimir Putin aus. „Die Men-

schen in unserem Land erwarten von Ihnen jetzt, dass Sie im deutschen Parlament eine klare Einschätzung der Lage aus Ihrer Sicht geben und dass Sie vor allem die Konsequenzen daraus für Deutschland und für Europa aufzeigen“, sagte Merz.

Angesichts eines massiven russischen Truppenaufmarsches in der Nähe der Ukraine wird im Westen befürchtet, dass der Kreml einen Einmarsch in das Nachbarland planen könnte. Für möglich wird allerdings auch gehalten, dass nur Ängste geschürt werden sollen, um die Nato-Staaten zu Zugeständnissen bei Forderungen nach neuen Sicherheitsgarantien zu bewegen.

Eine deutliche Mehrheit der Deutschen ist gegen die Lieferung deutscher Waffen an die Ukraine. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov schlossen sich 59 Prozent der Befragten der Haltung der Bundesregierung an, dem Land keine Waffen zur Verteidigung gegen einen möglichen Angriff Russlands zur Verfügung zu stellen. Nur 20 Prozent sprachen sich für Waffenlieferungen aus.

Deutschland ist an den diplomatischen Bemühungen des Konflikts vor allem über das sogenannte Normandie-Format beteiligt. Das sind Beratungen von Regierungsvertretern Russlands, der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands. Ziel ist es, die sogenannte Minsker Vereinbarung umzusetzen, die Frieden zwischen den prussischen Separatisten und den Regierungstruppen in der Ostukraine bringen soll. Seit Jahren gibt es keine Fortschritte. Am Mittwoch wurden die Verhandlungen zunächst von den außenpolitischen Beratern der Staats- und Regierungschefs wieder aufgenommen.



Annalena Baerbock FOTO: SHEMETOV/DPA